

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julia Klöckner (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Datengrundlage für die von der Landesregierung gebildete Expertenkommission zur Justizstrukturreform

Die **Kleine Anfrage 543** vom 21. Dezember 2011 hat folgenden Wortlaut:

Der Ministerrat hat am 9. August die Bildung eines Expertengremiums zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Justizstrukturreform beschlossen. Dieses Gremium hat den Auftrag, „sämtliche Positionen (...) zu erfassen, zu bündeln und entsprechende Einsparpotentiale in der Justiz aufzuzeigen“. Es soll bis März 2012 ein Ergebnis vorlegen (vgl. Tischvorlage des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz für die Sitzung des Rechtsausschusses am 9. August 2011).

In ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage „Justizstrukturreform – Datengrundlage für die von der Landesregierung gebildete Expertengruppe“ (Drucksache 16/528) hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sie Unterlagen für das Expertengremium zusammenstelle.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung der Expertenkommission inzwischen die PEBB\$Y-Zahlen aller Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt, damit diese ihrem Auftrag entsprechend „sämtliche Positionen“ erfassen und bündeln sowie die Argumente entsprechend gewichten kann?
2. Hat die Landesregierung der Expertenkommission inzwischen mögliche Einsparpotenziale im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz aufgezeigt? Wie hoch sind diese ggf.?
3. Hat die Landesregierung der Expertenkommission inzwischen ihre Antworten auf die Thematik betreffende Kleine und Große Anfragen der im Landtag vertretenen Fraktionen oder einzelner Abgeordneter zur Verfügung gestellt? Wenn ja, welche waren dies?
4. Welche sonstigen Zahlen, Datengrundlagen etc. hat die Landesregierung inzwischen der Expertenkommission ggf. darüber hinaus zur Verfügung gestellt (bitte einzeln auflisten)?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 19. Januar 2012 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die nach dem Personalbedarfsberechnungssystem PEBB\$Y ermittelten Informationen über die Auslastung der einzelnen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaften wurden dem Expertengremium übermittelt.

Zu Frage 2:

Es wurde vereinbart, dass das Expertengremium die im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorliegenden oder erreichbaren Informationen erhalten kann. Eine Übermittlung soll jedoch angesichts der Unabhängigkeit des Gremiums nicht unaufgefordert, sondern nur auf Anfrage erfolgen. Anfragen des Expertengremiums zu möglichen Einsparpotenzialen innerhalb des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz liegen nicht vor.

b. w.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung hat dem Expertengremium – auf entsprechende Anforderung – die folgenden Parlamentarischen Anfragen, nebst Antworten der Landesregierung, zur Verfügung gestellt:

- | | |
|----------------------|------------------------|
| – Große Anfrage | vom 30. Juni 2011 |
| – Kleine Anfrage 2 | vom 18. Mai 2011 |
| – Kleine Anfrage 15 | vom 26. Mai 2011 |
| – Kleine Anfrage 25 | vom 3. Juni 2011 |
| – Kleine Anfrage 85 | vom 25. Juni 2011 |
| – Kleine Anfrage 100 | vom 1. Juli 2011 |
| – Kleine Anfrage 109 | vom 4. Juli 2011 |
| – Kleine Anfrage 116 | vom 8. Juli 2011 |
| – Kleine Anfrage 127 | vom 14. Juli 2011 |
| – Kleine Anfrage 220 | vom 24. August 2011 |
| – Kleine Anfrage 310 | vom 27. September 2011 |
| – Kleine Anfrage 333 | vom 30. September 2011 |
| – Kleine Anfrage 344 | vom 7. Oktober 2011 |
| – Kleine Anfrage 356 | vom 13. Oktober 2011 |
| – Kleine Anfrage 358 | vom 14. Oktober 2011 |
| – Kleine Anfrage 361 | vom 17. Oktober 2011. |

Zu Frage 4:

Dem Expertengremium wurden – jeweils wunschgemäß – folgende Materialien übersandt:

- Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zu den Ausführungen der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz vom 1. September 2011 und des Oberlandesgerichts Koblenz vom 2. September 2011;
- Ergebnisse der Befragungen bei den beiden Oberlandesgerichten im Rahmen des Vergleichs rings OLIVE (Oberlandesgerichte im Vergleich);
- Daten über die landesweite Verfahrensdauer in Zivilsachen im Bundesvergleich;
- Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zu den Ausführungen des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 9. September 2011 und der gemeinsamen Stellungnahme der Vereinigung der Verwaltungsrichter Rheinland-Pfalz und des Haupttrichterrates der Verwaltungsgerichtsbarkeit Rheinland-Pfalz.

Jochen Hartloff
Staatsminister